Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., bei unseren Austrägern zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis 30 Pfg. für die 6gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum, Lokalpreis 20 Pfg., Reklamen 2 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 2.50 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 258. — **Sonnabend den 6. November 1920.** — **79. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Fleischbeschau.

Herr **Max Paul Schmidt** in **Groitzsch** ist als **ordentlicher Fleischbeschauer und Trichinenschauer** für die Gemeinden **Groitzsch, Schmiedewalde, Burkhardswalde** und **Munzig** sowie die Gutsbezirke Groitzsch und Munzig und als stellv. ordentl. Fleischbeschauer und Trichinenschauer für die Gemeinde **Seeligstadt** in Pflicht genommen worden.

Meißen, am 1. November 1920. 77c V.

258 **Die Amtshauptmannschaft.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich sind neue Handelsverträge abgeschlossen worden.

* Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung die Wiedereinführung der Kartoffelzwangswirtschaft.

* Der Reichswirtschaftsrat wird voraussichtlich am 23. November wieder zu einer Sitzung zusammentreten.

* Der Ältestenrat der preußischen Landesversammlung besprach ausführlich den Wahltermin. Dabei wurde der 15. Februar 1921 als voraussichtlicher Wahltag genannt.

* In England rechnet man mit einer Auflösung des Unterhauses und baldigen Neuwahlen.

* Der Papst hat den Erzbischof von Köln in Audienz empfangen.

* Es erscheint als sicher, daß Harding 880 Stimmen und Cox 127 Stimmen im Wahlkollegium erhalten wird, während die übrigen Stimmen noch zweifelhaft sind.

Eine Bank der Bankiers.

Die Zusammenschlußbewegung, die das deutsche Großgewerbe schon seit etwa einem Jahr in wenigen gewaltigen Gruppen zusammenzuballen droht, greift jetzt auch auf die deutsche Bankwelt über. Das war zu erwarten. Immerhin ist die Form, in der es geschieht, recht bemerkenswert, denn neben der seit Wochen angekündigten Ausdehnung der Deutschen Bank stehen zwei weitere Nachrichten, die die andere Seite der deutschen Finanzinstitute, nämlich die „Einzelbankiers" und deren Entwicklung wieder einmal mehr in den Vordergrund der Beachtung rücken. Als sicher ist anzunehmen, daß die Ausdehnung der Deutschen Bank nur als Auftakt für ein neues Unternehmerzeitalter innerhalb der Deutschen Bank bildet, einer Zeit, die ihre Schatten in Gestalt der Auffaugung kleiner Provinzbanken schon seit langem vorauswarf.

Nur teilweise mit dieser Bewegung in Einklang zu bringen ist die Meldung, daß das Breslauer Bankhaus E. Heimann seine jahrzehnte alten engen Beziehungen zur Disconto-Gesellschaft löst und daß diese deshalb eine eigene Filiale nach Breslau legt. Sie nimmt übrigens dabei ein anderes altes, seit langem allerdings nur mehr als Vermögensverwaltung tätig gewesenes Breslauer Bankhaus auf. Aber, wenn auch die Firma E. Heimann eine ganz besondere Stellung im deutschen Osten einnimmt und eines der wenigen Bankhäuser der Ostprovinzen darstellt, die sich an Kapitalskraft mit den großen internationalen Weltfirmen des Westens messen können, so ist dieser Vorgang doch allgemein kennzeichnend. Die letzten Jahre mit dem außerordentlich lebhaften Börsengeschäft, vor allen Dingen aber mit den großen Schwankungen im Wert der Währungen und dem sich daraus entwickelnden Devisengeschäft haben nämlich tatsächlich zu einer Wiederauferstehung des vor dem Kriege beinah mit Recht totgesagten deutschen Privatbankierstandes geführt. Das Devisengeschäft unterscheidet sich grundsätzlich vom Wertpapiergeschäft und, wenn auch die Verlustgefahren gelegentlich für die Schultern des Privatbankiers zu schwer sein mögen, so ist er auf der andern Seite anpassungsfähiger und schmiegsamer, als es die durch ihre Gewaltigkeit an sich schwerfälliger gewordene Organisation der Großbank sein kann. So sind denn in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Privatbankfirmen hochgekommen oder größer geworden, die in ihrer Gesamtheit über eine, auch im Vergleich mit den Mitteln der Großbanken, ganz ansehnliche Kapitalkraft verfügen, selbst wenn man dabei die paar alten Bankhäuser von europäischer Bedeutung außer acht läßt, die Deutschland vor dem Kriege zählte.

Gerade die große Gefahr des Devisengeschäftes aber, und die Tatsache, daß das Privatbankgeschäft der Vielseitigkeit und den Mitteln der Großbank nicht ohne weiteres gewachsen sein kann, hat nun eine andere recht bemerkenswerte Folge gehabt: Die **Bank der Bankiers** taucht wieder einmal auf. Nach Gerüchten, die an der Berliner Börse in den letzten Tagen umgingen und die keineswegs jeder Grundlage zu entbehren scheinen, beabsichtigt eine Reihe großer und mittlerer, nicht nur in Berlin ansässiger Bankfirmen die Gründung einer gemeinsamen Bank, — ohne daß übrigens bisher zu übersehen wäre, ob diese Bank den Bankiers nur einen Teil ihrer Geschäfte abnehmen, oder ob sie völlig an deren Stelle treten soll. Das letztere ist allerdings recht unwahrscheinlich. Gründen sich aber die Bankiers wieder einmal eine eigene Bank, so ist es gar nicht unmöglich, daß auch diese den Weg geht, den mehrere ihrer Vorgänger gegangen sind, den Weg der — **Deutschen Bank**: denn auch diese wurde 1870 von einer Reihe von Privatbankiers aus den gleichen Erwägungen heraus gegründet, hat sich dann aber ganz selbständig und oft in sehr scharfem Wettbewerb zu den Vätern des Gedankens entwickelt.

Man braucht durchaus nicht zu denken, daß derartige Aussichten den Erwägungen der Förderer des neuen Unternehmens völlig fremd geblieben wären; man wird sich dort nur sagen, daß einer solchen Entwicklung eben vorgebaut werden könne und müsse. Die Frage ist nur, ob nicht auch hier wieder einmal, das Gelingen des Planes an sich vorausgesetzt, die innere Gewalt der Dinge stärker sein wird als der Willen der Menschen.

Drei neue Handelsverträge.

Entgegenkommen der Tschechoslowakei.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend verschiedene Vereinbarungen zwischen der deutschen Regierung und der königlich ungarischen, tschechoslowakischen und österreichischen Regierung zugegangen. Alle drei Verträge, die rein wirtschaftlichen Charakter tragen, sind von den beteiligten Regierungen unterzeichnet worden und unterliegen nunmehr dem Spruch der Volksvertretung. Gemeinsam ist allen drei Verträgen das Meistbegünstigungsrecht.

In dem Vertrage mit der Tschechoslowakei befinden sich wichtige Bestimmungen über die Liquidation des deutschen Eigentums in der Tschechoslowakei, auf die prinzipiell verzichtet wird, und die nur in besonderen Fällen erfolgen soll, in denen es sich um die Wahrung wichtiger allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte handelt. Aber auch hier soll der deutsche Standpunkt „im Geiste vollkommener Billigkeit" Berücksichtigung finden. Ebenso sollen die deutschen gesperrten Guthaben (Sparkonti) im tschechoslowakischen Gebiete freigegeben werden. Andererseits wird auf die im Artikel 297 des Versailler Vertrages vorgesehene Liquidation deutscher Unternehmungen tschechoslowakischerseits verzichtet.

Mit der Tschechoslowakei ist zudem noch ein Kohlenabkommen getroffen worden. Das deutsch-österreichische Wirtschaftsabkommen, das gleichfalls abgeschlossen vorliegt, bedeutet im großen und ganzen nur eine Wiederherstellung des alten deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrages, wozu nur noch einige besondere Abmachungen über gewisse finanzielle Fragen gekommen sind. Das deutsch-ungarische Wirtschaftsabkommen schließt sich dagegen in seinem Aufbau und ebenso inhaltlich dem mit der Tschechoslowakei fast völlig an. Auch hier waltet das Prinzip der gegenseitigen Meistbegünstigung.

Die Gefahr des Bürgerkrieges.

Minister Geßler über die Lage.

In einer Rede über die politische Lage betonte Reichsminister Geßler u. a:

Die Hoffnung, daß die deutsche Arbeiterschaft die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich verhindern könne, ist unberechtigt, denn einerseits befinden sich viele polnische Arbeiter im Ruhrgebiet, anderseits ist es möglich, italienische Arbeiter hinzubringen. Frankreich kann es längere Zeit ertragen, daß ihm keine Kohlen geliefert werden, und so würde ein Streik der deutschen Bergarbeiter wahrscheinlich in spätestens vier Wochen zusammenbrechen. Die deutsche Politik muß deshalb darauf gerichtet sein, den Einmarsch in das Ruhrgebiet unbedingt zu verhindern. Der Minister kam dann auf die innerpolitische Lage zu sprechen. Wir sind, so sagte er, in Deutschland zu einem

innerpolitischen Wettrüsten

gekommen, bei dem jeder der Beteiligten für sich geltend macht, daß es ihm gar nicht darauf ankomme, den Bürgerkrieg zu entfesseln oder die Verfassung zu stürzen, sondern daß er lediglich Selbstverteidigung im Auge habe. Dr. Geßler wies im besonderen auf die Verhältnisse in Bayern hin, wo man nach dem Sturz der Räterepublik Einwohnerwehren geschaffen habe, an denen man nun unter allen Umständen festhalten wolle. Was die unter dem Namen Orgesch dort begründete Selbstschutzorganisation betrifft, so sei ihre Bedeutung für die öffentliche Ordnung nach den örtlichen Verhältnissen verschieden zu beurteilen. Für Bayern sei es ein Glück, daß dort an ihrer Spitze der Forstrat Escherich stehe. Er sei von jeher ein Vorkämpfer für das Deutschtum und er ist zweifellos von dem idealen Gedanken geleitet, die Heimat zu schützen. Wie weit aber seine Macht reichen werde, werde nicht von ihm abhängen. Die große Gefahr solcher Organisation bestehe darin, daß sie Massenorganisationen hervorrufe und das Wettrüsten verstärke. Es entwickle sich so im Innern die gleiche Lage, wie sie vor dem Kriege außenpolitisch bestanden und zum Weltkrieg geführt habe.

Ein Funke würde genügen,

um jetzt den Bürgerkrieg zu entzünden. Gewissenlose Spitzelzentralen fördern das, und darum seien alle Nachrichten über die Bildung von weißen und roten Armeen mit dem größten Mißtrauen zu betrachten. Sie stellten sich fast durchweg als Schwindel heraus. Im Grunde genommen gäbe es nur ein Mittel, über das Schwerste hinwegzukommen, und das sei die Vernunft des deutschen Volkes. Diese werde aber beeinträchtigt durch allerhand Gefahren, durch die Verschlechterung unserer Wirtschaftslage, die wachsende Arbeitslosigkeit und den sinnlosen Luxus der sogenannten neuen Reichen. Eine andere große Gefahr bilde der fortwährende Verfall unserer Währung.

Land Oberschlesien.

Das Autonomiegesetz im Reichsrat.

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über das „Land Oberschlesien" eingehend beraten. Es handelt sich vornehmlich darum, daß unter Aufhebung der Sperrfrist des Artikels 167 der Reichsverfassung die Bevölkerung Oberschlesiens das Recht erhalten soll, durch eine Abstimmung darüber zu entscheiden, ob ein „Land Oberschlesien" gebildet werden soll, das im Rahmen des Reiches dieselben Rechte und Pflichten hätte wie etwa Bayern oder Württemberg. Der Gesetzentwurf sieht diese Abstimmung „innerhalb zweier Monate" vor, „nachdem die deutschen Behörden die Verwaltung wieder übernommen haben werden". Für das Verfahren bei der Abstimmung soll das Gesetz über den Volksentscheid maßgebend sein, das bis dahin ohne Zweifel in Kraft sein wird. Spricht sich die Mehrheit der Bevölkerung für die Bildung eines selbständigen „Landes" aus, so ist damit endgültig entschieden, ohne daß es eines weiteren Reichsgesetzes bedarf.

Es wird dann zunächst eine Landesversammlung gewählt, die binnen drei Monaten zur Einsetzung der Landesregierung und zur Beschlußfassung über die Landesverfassung einberufen werden soll. Die Wahlordnung nach den Grundsätzen des Reichswahlgesetzes erläßt der Reichspräsident; ferner bestimmt er den Wahltag. Die verfassunggebende Landesversammlung Oberschlesiens beruft auf Grund ihrer Parteiverhältnisse eine parlamentarische Regierung und arbeitet eine provisorische Verfassung aus. Der Entwurf sieht auch die Schaffung einer oberschlesischen Staatsangehörigkeit vor. Außer den am Tage der Neubildung des Landes dort ansässigen Reichsangehörigen sollen auch die in Oberschlesien geborenen Preußen die Staatsangehörigkeit erhalten können, falls sie eine entsprechende Erklärung innerhalb eines Jahres abgeben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Der Streit um die Milchkühe.** Im englischen Unterhause bestätigte ein Regierungsvertreter offiziell, daß die Aufstellung der Wiedergutmachungs-Kommission über die Nachforderung von Milchvieh keineswegs einen Befehl zur Ablieferung bedeute, sondern lediglich eine Berechnung gemäß dem hier in Frage kommenden Annexionsparagraphen und eine Anfrage, wann die Tiere abgeliefert werden könnten, sei. Jedenfalls müßten bei der endgültigen Entscheidung auch die Bedürfnisse des sozialen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands berücksichtigt werden. Daraus geht hervor, daß in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen worden ist, und daß die Forderungen, die erhoben worden sind, von englischer Seite gebremst werden.

✦ **Das unselige Spa-Abkommen.** Die holländische Presse bringt Mitteilungen über den Verkauf deutscher Wiedergutmachungskohle durch Frankreich, das gar nicht wisse, wohin es mit der Kohle solle, und sagt, aus dieser ganzen Sachlage ergebe sich, wie ungereimt die Deutschland in Spa auferlegte Kohlenlieferung sei.

✦ **Zur Neugliederung des Reiches.** Die vom Reichsministerium des Innern einberufene Zentralstelle für Neubildung der deutschen Länder trat zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Reichsminister Koch hieß die Kommission im Namen der Reichsregierung willkommen. Zum Vorsitzenden der Zentralstelle berief der Reichsminister den Staatsminister a. D. Grafen Rödern. Es wurde eine Geschäftsordnung beschlossen und der Kommission der Name Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches gegeben. Die Aufgabe der Zentralstelle ist die Abgabe schriftlicher Gutachten.

✦ **Die Wunde im Westen.** Wie das Reichsschatzministerium mitteilt, sind in zahlreichen Zeitungen über die letzte Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages Berichte enthalten, die die vertraulichen Mitteilungen und sonstigen Ausführungen des Reichsschatzministers unrichtig und grob entstellt wiedergeben. So werden über die Stärke der amerikanischen Besatzung Zahlen gegeben, die in den einzelnen Blättern zwischen 17 000 und 177 000 schwanken. Die von dem Minister schätzungsweise und vertraulich er-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF